



## Antrag

—

Fraktion AfD

### **Gewalt sichtbar machen! - Einrichtung eines landesweiten Meldeportals für Gewaltvorfälle an Schulen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

ein zentrales, landesweites Meldeportal für Gewaltvorfälle an Schulen einzurichten. Diesbezüglich sollen folgende Eckpunkte berücksichtigt werden:

1. Das Portal soll sowohl niedrighschwellig zugänglich sein und auf Wunsch anonym genutzt werden können sowie Schülern, Eltern und Schulpersonal offenstehen.
2. Das Portal soll darüber hinaus Funktionen für das Hochladen von Videos oder Tondokumenten sowie eine Landkarte zur Aufzeichnung von Gewaltvorfällen und zur Aufschlüsselung von Täter-, Opfer- und Tatortmerkmalen enthalten.
3. Die Gewaltvorfälle werden bei einem hauptamtlichen Gewaltbeauftragten gesammelt und systematisch ausgewertet. In enger Zusammenarbeit mit Polizei, Staatsanwaltschaft und zuständigen Behörden werden von ihm nötige Maßnahmen koordiniert.
4. Die Einrichtung der Stelle erfolgt kostenneutral durch Streichung und Umschichtung von Aufgaben innerhalb des Bildungsministeriums. Maßnahmen in den Bereichen Integration und Gleichstellung sollen reduziert, die Betreuung des Netzwerks „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“ gänzlich eingestellt werden.
5. Die eingehenden Meldungen sind ferner jährlich in anonymisierter Form zu veröffentlichen.

## **Begründung**

Gewaltvorfälle an Schulen in Sachsen-Anhalt nehmen nach übereinstimmenden Berichten aus Schulen, Polizei und Medien seit mehreren Jahren kontinuierlich zu. Sie werden von Betroffenen, Schulpersonal und Fachleuten immer deutlicher als ernstzunehmende Herausforderung beschrieben.

Es ist dabei davon auszugehen, dass ein Teil der Vorfälle bislang nicht oder nur unzureichend erfasst wird. Unterschiedliche Meldewege, fehlende Standardisierung, Hemmschwellen bei der Anzeige sowie fehlende Kategorisierung, etwa hinsichtlich überproportionaler Tatverdächtigenanteile oder spezifischer Tatorte wie des Schulwegs, tragen dazu bei, dass das tatsächliche Ausmaß schwer verlässlich bestimmt werden kann.

Die gegenwärtige Situation erfordert eine klare Reaktion. Ein landesweites Meldeportal kann hier eine ergänzende Funktion erfüllen, indem es eine niedrigschwellige Möglichkeit zur Meldung bietet und zugleich eine systematische Datenerhebung ermöglicht. Dadurch können Präventionsmaßnahmen zielgerichteter entwickelt und Ressourcen effektiver eingesetzt werden.

Zugleich sind mögliche Problemstellungen wie Fehlmeldungen und Missbrauch durch eine klare rechtliche Ausgestaltung zu überwinden. Gleiche Erfordernis gilt für eine datenschutzkonforme Umsetzung sowie die Einbettung in bestehende schulische und pädagogische Strukturen.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Einrichtung eines landesweiten Meldeportals notwendig, um das bislang bestehende Dunkelfeld deutlich zu verringern und Vorfälle systematisch sowie vergleichbar zu erfassen. Auf diese Weise können Entwicklungen frühzeitig erkannt und darauf aufbauend gezielte Maßnahmen entwickelt werden. Darüber hinaus würde ein solches Portal dazu beitragen, belastbare Daten zu gewinnen - auch im Hinblick auf Zusammenhänge zwischen Gewaltaufkommen und soziale beziehungsweise migrationsbezogene Faktoren.

Das vorgeschlagene Meldeportal ist ein notwendiger erster Schritt, um aus der Feststellung der Symptome die erforderlichen politischen Maßnahmen abzuleiten.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitz